

**Planfeststellungsverfahren  
für den Ausbau der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals zwischen der  
Weiche Königsförde und Schwartenbek (Kanal-km 79,9 - 92,1)**

**Öffentliche Bekanntmachung des Erörterungstermins**

**I.**

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals führt die Planfeststellungsbehörde der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord das Anhörungsverfahren durch.

Gegen den Plan und zu den entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens wurden Einwendungen von Privatpersonen erhoben und Stellungnahmen von Behörden, Trägern öffentlicher Belange, von den nach Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Vereinen sowie sonstigen Vereinigungen abgegeben.

Die Planfeststellungsbehörde beabsichtigt nunmehr, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen gemäß § 73 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) mit dem Vorhabensträger, den Behörden, den Betroffenen und den Personen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, zu erörtern.

Die Erörterung wird am

**29. und 30. September 2010, jeweils ab 10.00 Uhr,  
in den Räumen der Wehrbereichsverwaltung Nord  
- Saal „Niedersachsen“ -  
Feldstraße 234,  
24106 Kiel,**

durchgeführt. Falls diese beiden Tage für den Gesprächsbedarf nicht ausreichen sollten, wird ggf. am 6. Oktober 2010 ein weiterer Tag erörtert.

An den beiden Erörterungstagen sollen verschiedene Themenkomplexe behandelt werden. So sind für den **29. September 2010** schwerpunktmäßig die Themen der **Einwendungen von Privatbetroffenen sowie von Gemeinden** vorgesehen, unter anderem

- Grundstücksbeeinträchtigungen,
- Grundwasserveränderung,
- Beweissicherungskonzept,

- Straßennutzungskonzept,
- Immissionen (u. a. Lärm, Erschütterungen, Staub) und
- Verbringung von Nassbaggermaterial in die Ostsee (Tourismus und Freizeitnutzung).

Am **30. September 2010** werden

- a) **umwelt- und naturschutzrechtliche Themen**, wie  
(insoweit inkl. der Verbringung von Nassbaggermaterial in die Ostsee)
- Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU),
  - Eingriffsregelung,
  - Verträglichkeit des Vorhabens mit der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie
  - Artenschutz,
- b) **weitere Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange und Verbänden** wie zum Beispiel
- Fischerei,
  - Wasserwirtschaft und
  - Denkmalschutz

Schwerpunkte der Erörterung darstellen.

## II.

1. Der Erörterungstermin ist über den oben genannten Teilnehmerkreis hinaus nicht öffentlich (§ 73 Abs. 6 Satz 6 i. V. m. § 68 Abs. 1 Satz 1 VwVfG).
2. Eine Teilnahme am Erörterungstermin ist freigestellt. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten gegen Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ist möglich. Bei Ausbleiben eines Beteiligten kann auch ohne ihn verhandelt und entschieden werden. Es erfolgt keine individuelle Benachrichtigung der Einwendungsführer.
3. Die Erörterung dient vorrangig der Information der Planfeststellungsbehörde, und zwar auf Grundlage der abgegebenen Einwendungen und Stellungnahmen. Sonstige Dinge, die nicht eingewendet wurden, finden keinen Eingang in diese Erörterung.
4. Durch die Teilnahme am Erörterungstermin oder durch eine Vertreterbestellung entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Kiel, den 13. August 2010

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord

- Planfeststellungsbehörde -

Az.: P - 143.3/52

Im Auftrag

gez. Dörte Hansen